

Sitzung des Fachausschusses Bau und Mobilität des Beirats Mitte vom 27. Oktober 2025

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Anwesenheit:

vom Beirat Mitte	Partei	Teilnahme
Jürgen Bunschei (BR)	GRÜNE	Ja
Anna Kreuzer (BR)		Ja
Michael Steffen (BR)	SPD	Entschuldigt
Jutta Wohlers (BR)		Ja
Henrike Adebar (BR)	LINKE	Ja
Michael Albers (SKB)		Entschuldigt
Dirk Paulmann (BR)	CDU	Ja
Peter Bollhagen (BR)	FDP	Vertreten durch Ann-Kathrin Mattern
Sandor Herms Herms (SKB)	Die PARTEI	Ja

vom Ortsamt Mitte / Östliche Vorstadt	Funktion
Dominik John	Sitzungsleitung / Protokoll
Astrid Verena Dietze	

Gäste	Funktion
Ingo Kramer	Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“
Wim Petry	Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

PROTOKOLL

Tagesordnung

1.	Genehmigung der Tagesordnung.....	3
2.	Sammlung und Sortierung von Bürgeranliegen.....	3
3.	Bürgerinitiative: Kein Hochhaus im Viertel.....	3
4.	Behindertenparkplatz Wachtstraße	5
5.	Fahrradbügel In der Runken.....	5
6.	Verschiedenes.....	5
	Interner Teil	5

PROTOKOLL

1. Genehmigung der Tagesordnung

- Keine Anmerkungen, Tagesordnung wird genehmigt

2. Sammlung und Sortierung von Bürgeranliegen

- Keine weiteren Bürgeranliegen vorhanden

3. Bürgerinitiative: Kein Hochhaus im Viertel

- Die Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“ hat sich mit einem Schreiben erneut an die Senatorin für Bau Mobilität und Stadtentwicklung gewandt, um das Bauvorhaben auf dem Gelände des ehemaligen Bundesbankgebäudes in der Kohlhökerstraße zu verhindern
- Im Zuge dessen wurde der Beirat Mitte (erneut) um Unterstützung gebeten
- Herr Kramer (Sprecher der Bürgerinitiative) fordert, dass der vorhabensbezogene Bebauungsplan rückgängig gemacht werden müsste
- Vorhabensbezogene Bebauungspläne dienten der Verschnellerung von Bauvorhaben nach der Wiedervereinigung und seien nicht auf beliebige Projekte anwendbar
- Außerdem seien lediglich 90 Wohneinheiten an diesem Standort zulässig und nicht 180
- Herr Kramer erläutert außerdem, dass spätestens vier Jahre nach der Vereinbarung des Durchführungsvertrages das Bauvorhaben abgeschlossen sein müsse, bisher sei allerdings nichts geschehen
- Er argumentiert außerdem, dass die Durchführung des Bauvorhabens abgebrochen werden müsste, wenn die Fristen nicht eingehalten werden würden
- Herr Kramer erläutert, dass die Verlängerung der Baumaßnahme in den Augen der Bürgerinitiative weder rechtlich, noch moralisch und politisch vertretbar sei
- Herr Petry (Stadtplaner bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) stellt sich kurz vor und geht auf die Aussagen von Herrn Kramer ein
- Herr Petry erläutert, dass die Stadt in der Vergangenheit bereits sehr viel Zeit und Energie in das Bauvorhaben investiert habe
- Die Stadt stünde weiter im Austausch mit den Eigentümern und Vorhabensträgern (evoreal) und sei überzeugt, dass das Projekt entsprechend realisiert werden wird
- Aktuell sei mit dem Baubeginn spätestens 2027 zu rechnen und somit mit der Fertigstellung 2029
- Da es sich nicht um ein städtisches Grundstück handele, seien die Möglichkeiten begrenzt
- Des Weiteren sei es in der Vergangenheit vor allem zu Verzögerungen durch Normkontrollklagen gegen das Vorhaben gekommen
- Evoreal habe bereits diverse Ausgaben durch den Abriss des Gebäudes gehabt, sodass die Stadtplanung weiterhin davon ausgeht, dass das Vorhaben entsprechend umgesetzt wird

PROTOKOLL

- Die Situation würde weiter durch die Stadt/SBMS beobachtet werden
- Dirk Paulmann wendet ein, dass die gesetzlichen Grundlagen entsprechend eingehalten werden müssten
- Herr Petry erläutert, dass das Justiziariat bei SBMS die Vorgänge entsprechend geprüft habe und dieses die Einschätzung der Bürgerinitiative nicht teilt
- Anna Kreuzer ergänzt, dass Fristverlängerungen bei derartigen Vorhaben eher die Regel als die Ausnahme und ein regulärer Vorgang seien
- Außerdem führt sie an, dass die schnellstmögliche Lösung des Problems sei, wenn evoreal schnellstmöglich den Bau fortsetzen könne
- Es sei weiterhin wichtig, dass der Wohnraum geschaffen wird, um die Wohnungsknappheit im Stadtteil anzugehen
- Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass evoreal auch andere Projekte im Stadtgebiet nicht umgesetzt habe und man daher nicht auf die Aussagen vertrauen könne
- Dirk Paulmann stellt die Frage, seit wann dem Ressort bekannt sei, dass die aktuellen Fristen nicht eingehalten werden
- Herr Petry erwidert, dass das Ressort stetig und regelmäßig mit den Vorhabensträgern im Kontakt sei, ebenso bei diesem Projekt
- Er führt außerdem an, dass eine ganz neue Planung (durch einen anderen Vorhabensträger) noch deutlich länger dauern würde
- Im Zuge dessen müsste auch die Bürgerschaft über die Änderung des Vorhabensträgers informiert werden
- Jürgen Bunschei stellt die Frage welche Indizien dem Bauressort vorlägen, die sie zu dem Schluss kommen ließen, dass evoreal bald mit dem Bau beginnt?
- Herr Petry verweist erneut auf den Austausch des Ressorts mit dem Vorhabenträger, außerdem ergänzt er, dass sich in der Zwischenzeit am Markt einiges getan habe in Bezug auf Bau- und Zinskosten, eine Rückabwicklung wäre deutlich aufwendiger und finanziell schwieriger
- Aus dem Publikum wird Verwunderung darüber geäußert, dass die senatorische Behörde dem Vorhabensträger „einfach so“ vertraue und das weiterhin die Gefahr bestehe, dass sich am Baufortschritt nichts tut
- Anna Kreuzer verweist darauf, dass die vorhanden Alternativen keine Alternativen seien und evoreal und SBMS vertraut werden sollte
- Der Ausschuss entscheidet sich abschließend dafür sich ggf. zukünftig erneut mit der Thematik zu befassen und die juristische Perspektive von SBMS ebenfalls anzuhören

4. Behindertenparkplatz Wachtstraße

- Im Zuge des Umzugs des Bürgerservice-Centers in die Balgebrückstraße, Ecke Martinistraße soll in der Wachtstraße ein Behindertenstellplatz eingerichtet werden
- Durch die Einrichtung wird ein regulärer Stellplatz entfallen
- Der Beirat Mitte stimmt der Einrichtung des Behindertenstellplatzes zu

5. Fahrradbügel In der Runken

- Im Juni 2025 hat der Fachausschuss Bau und Mobilität des Beirates einen Bürgerantrag unterstützt, der die Forderung enthielt in der Straße „In der Runken“ weitere Fahrradbügel aufzustellen
- In der Zwischenzeit kam die Rückmeldung des Amtes für Straßen und Verkehr, dass die Umsetzung und Erhöhung der Fahrradbügel grundsätzlich möglich sei, aber mit Kosten verbunden sei
- Diese Kosten seien durch Haushaltsmittel des Amtes für Straßen und Verkehr nicht gedeckt
- Das Amt für Straßen und Verkehr hat angefragt, ob die Umsetzung durch Mittel aus dem Stadtteilbudget (Finanzielle Mittel die dem Beirat vorbehalten sind) umgesetzt werden soll
- Der Ausschuss hat sein Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Maßnahme nicht durch Mittel des Amtes für Straßen und Verkehr umgesetzt wird
- Insbesondere vor dem Hintergrund der Restfahrbahnbreite und der Rettungssicherheit seien Fahrradbügel eine passende Maßnahme, um den öffentlichen Raum zu regulieren
- Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, dass die Mittel des Stadtteilbudgets genutzt werden können, um dafür Sorge zu tragen, dass der Bürgerantrag entsprechend umgesetzt werden kann

6. Verschiedenes

- Hinweis auf die letzten beiden Sitzungstermine des Fachausschusses Bau und Mobilität in diesem Jahr: im November regulär am 24.11.2025 und im Dezember abweichend vom regulären Turnus am 15.12.2025

Interner Teil

- Bauaktenvorlage

Vorsitz

Dominik John

Sprecher:in Fachausschuss

Anna Kreuzer

Protokoll

Dominik John